



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21881 - 28  
Fernschreiber 0866890

P/XIII/121 - 2. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Fragezeichen de Gaulle Von G. Markscheffel	134
4	Positive Antwort aus Moskau Chruschtschow für "Technische Besprechungen"	36
5 - 6	Spionage-Dschungel in der Ostsee Aussagen britischer Studenten führten zu allgemeiner Unruhe	62
7	Zwei Wahlen Schweden und Belgien	37

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

## Fragezeichen de Gaulle

Von G. Markscheffel

Die Agonie der Vierten französischen Republik ist zu Ende. Ob es eine Fünfte geben wird, steht noch nicht fest. General de Gaulle wurde mit 329 gegen 224 Stimmen von der Nationalversammlung als der 26. Ministerpräsident seit 1945 bestätigt. Für ein halbes Jahr will er das Parlament in Ferien schicken, um in dieser Zeit die Sondervollmachten, die er als Bedingung für seine Investitur verlangt hatte, anwenden zu können, ohne dass ihm die Abgeordneten in den Arm fallen. Die französische Nationalversammlung hat sich damit zunächst selbst ausgeschaltet, und es wird der ganzen Wachsamkeit der in de Gaulles Regierung tätigen republikanischer Minister, aber auch der Loyalität des neuen Ministerpräsidenten selbst gegenüber der Republik bedürfen, um aus der parlamentslosen Zeit keine Diktatur werden zu lassen.

### Zuerst Algerien

Vor de Gaulle steht zunächst die Lösung des Algerienproblems. Wenn die aus Nordafrika zu uns gelangten Informationen zutreffen, dann ist dort die extreme Rechte bereits von de Gaulle enttäuscht. Sie wirft ihm vor, sich in der neuen Regierung mit Männern zu umgeben, die in der Vierten Republik versagt haben. Der Traum dieser "klassischen" Kolonialpolitiker war es, einen Regierungschef an der Spitze Frankreichs zu sehen, der als Diktator nicht nur in Algerien mit militärischen Mitteln "Ordnung" schafft, sondern auch in Tunis und vielleicht sogar in Marokko die Zeit wieder zurückdreht.

Aber schon jetzt beginnen sich die zahlreichen Merkwürdigkeiten der französischen Politik bemerkbar zu machen. Man erinnere sich daran, dass der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte in Algier, General Salan, am Donnerstag Abend vergangener Woche im Namen der Armee einen Schwur ablegte, in dem es hiess, die Armee werde de Gaulle überallhin folgen, wohin er sie führe. Man konnte diesen Schwur verschiedenartig deuten. Heute scheint bereits festzustehen, dass er sich gegen die politischen und militärischen Phantastereien der Kolonialpolitiker richtete. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat General Salan die sogenannten zivilen "Wohlfahrtskomitees" in Algerien dem militärischen Oberkommando unterstellt. Er zwingt sie also dazu, die kolonialistischen Vorstellungen von der Lösung des Algerienproblems den Plänen de Gaulles unterzuordnen.

Um zu verhindern, dass in Nordafrika etwas geschieht, das irreparabel wäre, scheint de Gaulle die Absicht zu haben, schon in dieser Woche nach Algerien zu gehen. Er will dort ohne Zweifel seine grosse Autorität in der Armee zum Tragen bringen und ausser

2. Juni 1958

den vorsichtige Kontakte mit denjenigen Gruppen der algerischen Widerstandsbewegung anbahnen, die auch ihm eine gewisse Sympathie entgegenbringen. Das klingt alles paradox, ist aber trotzdem eine der Realitäten der heutigen französischen Politik.

De Gaulle wird bei seinem Versuch, eine politische Lösung für die Algerienfrage zu finden - er hat die Vorstellung, man könne im Rahmen der "Union Française" eine nordafrikanische Föderation bilden - wahrscheinlich mit der Unterstützung des tunesischen Staatspräsidenten Burgiba rechnen können. Auch in Marokko sind starke politische Kräfte für diesen Plan zu gewinnen. Aber alles hängt davon ab, ob General Salan seinen Schwur, den er im Namen der Armee geleistet hat, auch wirklich halten wird und kann.

### Innenpolitische Probleme

Innenpolitisch steht de Gaulle vor nicht weniger schwierigen Aufgaben. Kommunisten, ein Teil der Sozialisten und der Radikalsocialisten unter Führung von Mendès-France, sowie der frühere Freund de Gaulles und jetzige Vorsitzende der traditionellen Widerstandsbewegung, Mitterrand, sind erklärte Gegner des neuen Regierungschefs. Niemand kann zur Stunde sagen, wie gross der Anhang ist, den diese politischen Gruppen in der französischen Bevölkerung tatsächlich hinter sich haben. Die Sozialistische Partei ist politisch gespalten; ob sie es bald auch organisatorisch sein wird, das ist eine Frage, die auf dem demnächst stattfindenden Nationalkongress der Partei beantwortet werden dürfte.

Nun darf man aber nicht etwa annehmen, dass die Gruppe derjenigen sozialistischen Abgeordneten, die gegen die Gaulle gestimmt hat, unbedingt das Zusammengehen mit den Kommunisten befürwortet. Eher wäre eine neue Sammlung der republikanischen Linken mit Mendès-France und Mitterrand zu erwarten. Ob aber diese Sammlung zustande kommt, wird wiederum von dem Verhalten de Gaulles in den nächsten Monaten abhängen. Bleibt der neue Regierungschef verfassungstreu - wie er es angekündigt hat - und beugt er sich nicht den Forderungen der extremen Rechten, dann könnte nach einer gewissen Periode der Unsicherheit eine innenpolitische Situation entstehen, in der drei Parteiengruppen (Kommunisten, Republikanische Mitte und Sozialisten, Konservative) in einer Art Präsidialdemokratie die Fünfte Republik aufbauen. Das sind jedenfalls Perspektiven, mit denen man zur Zeit in Paris rechnet, wenn de Gaulle gegenüber den demokratischen Institutionen loyal bleibt.

### Auch Wirtschaftsprobleme

Aber noch eine andere Hypothek muss de Gaulle löschen. Das ist die wirtschaftliche Situation Frankreichs. Der sinnlose Algerienkrieg hat das französische Volk Milliarden und Abermilliarden gekostet. Zwar schwimmt Frankreich immer noch auf der allgemeinen Konjunkturwelle der westlichen Welt, es hat aber in letzter Zeit einige bedenkliche Erscheinungen gegeben, die nicht ausser acht gelassen werden dürfen. Man schätzt die Höhe der Kapitalflucht während der letzten Monate mit einer Summe von 70 bis 90 Millionen

Dollar ein. Das Geld ist zum Teil in die Schweiz, zum Teil nach den Vereinigten Staaten abgewandert. De Gaulle wird, um wenigstens annähernd das innere wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen zu können, Einfuhrkürzungen in Höhe von mindestens 500 Millionen Mark - fürs erste - vornehmen müssen. Man spricht auch schon davon, dass die Einfuhr von Montanerzeugnissen, zu denen Frankreich laut Montanvertrag eigentlich verpflichtet ist, gedrosselt werden soll. Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat dieser Tage bereits vor "Sonderbedingungen" gesprochen, die man Frankreich einräumen müsse ...

An sich ist die französische Wirtschaft gesund; in Frankreich liegen grosse Goldreserven. Bisher hat aber keine Regierung es verstanden, diese Reserven zu mobilisieren. Sie blieben buchstäblich im Strumpf der Besitzer und wurden jetzt zum Teil aus Angst vor einer "Volksfront" ins Ausland verschoben. Dieses Kapital nach Frankreich zurückzubringen und es nutzbar zu machen, ist also auch eine Aufgabe der neuen Regierung. Es ist anzunehmen, dass de Gaulle einerseits vom französischen Volk Opfer verlangen, andererseits von reichen Verbündeten Geld fordern wird. Die Position Frankreichs im internationalen Konzert der Westmächte wird entscheidend davon abhängen, ob das französische Volk bereit ist, diese Opfer zu bringen, und ob die westlichen Alliierten de Gaulle Kredit einräumen.

#### Und die westlichen Verträge ?

Die Vereinigten Staaten scheinen - nach den letzten Äusserungen aus Washington zu urteilen - entschlossen zu sein, de Gaulle mindestens den moralischen Kredit zu geben. Sie wissen genau, dass de Gaulle empfindlich ist. Sie müssen damit rechnen, dass der neue französische Regierungschef auch an anderen Türen vorspricht, wenn sie die notwendige Kapitalhilfe für Frankreich mit allzu aufdringlichen politischen Bedingungen verbinden.

Die Tatsache, dass de Gaulle als Aussenminister den Berufsdiplomaten Couve de Murville (bisher Botschafter in Bonn) ernannt hat und nicht seinen Freund und Kampfgefährten aus der Widerstandsbewegung, der westlichen Berufseuropäer und NATO-gläubigen Georges Bidault ist ein Zeichen dafür, dass Frankreichs neuer Regierungschef die grossen aussenpolitischen Entscheidungen selbst in der Hand behalten will. Bidault wäre ein Programm gewesen, auf das sich de Gaulle ganz offensichtlich nicht festlegen will.

Es gibt ausser den hier geschilderten neuen Komponenten in der französischen Politik noch eine ganze Reihe anderer unbekannter Grössen. Sobald sie sichtbar werden, wird man sie aufmerksam registrieren und dabei von der Überlegung ausgehen müssen, dass es de Gaulles erklärte Absicht ist, Frankreich wieder die Führungsrolle in Europa zu geben ...

Positive Antwort aus Moskau

sp - Das auf Frankreich konzentrierte Interesse der Öffentlichkeit hat eine Nachricht in den Hintergrund treten lassen, die beachtlich ist: Die Zustimmung Chruschtschows zu technischen Besprechungen über die Kontrolle bei der Einstellung von Kernwaffenversuchen.

Vor kurzem hatte Präsident Eisenhower einen solchen Vorschlag der Regierung der Sowjetunion unterbreitet. Danach sollten Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, England und der Sowjetunion im Juni in Genf zusammentreffen, um dort über die Möglichkeit der Kontrollen von Kernwaffenversuchen zu beraten. Chruschtschows Antwort enthält einige Zusatzvorschläge, von denen Beamte des amerikanischen Aussenministeriums inzwischen erklärten, sie seien nicht als unüberwindbare Hindernisse anzusehen. Der sowjetische Ministerpräsident verlangt die Hinzuziehung von Wissenschaftlern aus Indien, Polen und der Tschechoslowakei und schlägt vor, dass die Tagung nicht in Genf, sondern in Moskau stattfinden soll.

Natürlich wird auch jetzt wieder das alte und schon längst langweilig gewordene Spiel des gegenseitigen Aufrechnens von Verhandlungsteilnehmern gespielt. Trotzdem: die Tatsache, dass man beiderseits überhaupt zu Verhandlungen über ein so heikles Thema bereit ist, sollte als Lichtblick gewertet werden.

Es scheint sich überhaupt in den Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Russen einiges anzubahnen, was möglicherweise eines Tages Überraschungen zur Folge haben könnte. Die Amerikaner erklären plötzlich, die russischen Ankündigungen von der Steigerung ihrer industriellen Produktion seien keine Prahlerei und die sowjetischen Leistungen in der kurzen Zeitspanne von fünf Jahren müssen als "eindrucksvoll" bezeichnet werden. Bisher hiess es immer, wenn Moskau auf wirtschaftliche Leistungen hinwies: Nichts als Propaganda!

Wenn man auf beider Seiten endlich dazu übergehen wollte, die Anknüpfungspunkte für Verhandlungen zwischen Ost und West vom Sachlichen her zu sehen, ohne sie gleich immer mit Propagandaredensarten zu überfluten, wären wir schon ein ganzes Stück weiter. Vielleicht bieten die von Eisenhower und Chruschtschow jetzt im Prinzip gebilligten technischen Verhandlungen über die Kontrolle zur Einstellung von Kernwaffenversuchen eine günstige Gelegenheit, um über den toten Punkt im Ost-West-Verhältnis hinwegzukommen.

### Spionage-Dschungel in der Ostsee

mu. Die aufsehenerregenden Enthüllungen über die Methoden des westlichen Spionagedienstes, die im Londoner Prozess gegen zwei Ox-forder Studenten zur Sprache kamen, sind oben, im Norden an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste, mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen worden.

Nach den Angaben der beiden Studenten, die während ihres Militärdienstes an Geheimaufgaben beteiligt waren, hat die westdeutsche Bundesmarine 1956 Spezial Schnellboote übernommen, mit denen bis dahin die britische Flotte Vorstöße in die Manövergebiete der sowjetischen Flotte, in sowjetische Hoheitsgewässer und sogar bis in den Hafen von Leningrad gemacht hatte. Wörtlich hatten die beiden Studenten in ihrer Studentenzeitung berichtet:

"Nach dem Kriege wurde eine Flotte von einem halben Dutzend überaus schneller Schiffe vom Torpedoboot-Typ gebaut und mit Matrosen aus Hitlers Kriegsmarine besetzt, unter britischen Kapitänen ausgeschickt, um die Sowjets zu provozieren und abzuhören".

Dazu hat zwar ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärt, Schiffe der deutschen Bundesmarine haben niemals sowjetische Hoheitsgewässer verletzt; aber es wird sich wohl doch nie ganz klären lassen, ob diese Schiffe nicht vorübergehend doch mit Flaggen der Royal Navy am Heck und Matrosen in britischen Uniformen schneidige Vorstöße unter einem deutschen Kommandanten in russische Hoheitsgewässer gefahren haben, wie man heute in hohen Schiffahrtsbehörden zu berichten weiss. Jedenfalls ist die Glaubwürdigkeit des Dementis bei eingeweihten Seefahrtskreisen, auch wenn sie nicht zur eigentlichen Bundesmarine gehören, höchst gering.

Dabei kann man nicht sagen, dass von beiden Seiten, von westlicher und östlicher Seite alles getan würde, um sich aller Spionageaufträge zu enthalten, die so leicht zu Konflikten führen können. Es sei nur daran erinnert, dass auch ein britischer Segelclub in Kiel-Holtenau ein etwas zwielichtiges Dasein führt, weiss man doch aus der Geschichte der Seespionage, dass harmlose Segler mit Spionen

und Marineoffizieren in Zivil an Bord Tiefenvermessungen und Küsten -  
fotografien an den Eingängen gegnerischer Häfen durchzuführen  
pflegen. Meistens jedenfalls sind Segelboote, die in gegnerischen  
Flottenmanövern herumkreuzen, nicht nur "verirrte Normalsegler",

Auch auf der anderen Seite wird gleichfalls nicht gerade  
Zurückhaltung geübt. Manöver an der Küste sind das bevorzugte Be-  
obachtungsgebiet sowjetrussischer Militärattachés. Wenn sie aller-  
dings auch unabhängig von Manövern neue Kasernenanlagen wie etwa bei  
Flensburg fotografieren und dabei zufällig erwischt werden, ist das  
Ganze schon unangenehmer. Es ist aber auch wohl unbestreitbar, dass  
die Russen mit ihrer Unterseebooten in die Dreimeilenzone der  
Bundesrepublik eindringen, um kartographische Feststellungen zu  
treffen.

Erhebliches Erstaunen hat es übrigens kürzlich hervorgerufen,  
dass drei sowjetzonale Bergungsfahrzeuge mit Hilfe von zwei Pontons  
bei der dänischen Kattegatt-Insel Anhoit in kürzester Frist ein  
versenktes U-Boot der damaligen Kriegsmarine, allerneuester Bauart,  
heraufholten und in die Zone abschleppten. Man glaubt sicher zu  
sein, dass sie diesen genauen Standort des versenkten Bootes nur  
deshalb kannten, weil sie Einblick in "gegnerische Karten" gehabt  
hatten.

Secspionage gehört offensichtlich heute wieder zum Alltagsgewer-  
be beider Seiten in der Ostsee. Sie kann zu grossen Konflikten füh-  
ren, wenn da allzu schneidige Kommandanten am Wirken sind, oder etwa  
mit falschen Fahnen in fremden Hoheitsgewässern "geschnüffelt"  
wird. Wenn nun noch hinzukommt, dass drei britische Fregatten in  
der freien Ostsee zwischen Flensburg und Kiel mit scharfen Wasser-  
bomben gefährliche Kriegsübungen veranstalten, wie es über Pfingsten  
geschah, dann bekommt das Ganze bereits den Anstrich einer Mili-  
tär demonstrierung, die vor dem Hintergrund der ganzen Spionage-  
tätigkeit im Zwielficht mehr als besorgniserregend ist.

### Zwei Wahlen

sp - Das schwedische Volk hat am vergangenen Sonntag der sozialdemokratischen Partei nach nunmehr fünfundsanzigjähriger Regierungstätigkeit den Auftrag erteilt, auch weiterhin die Geschicke des Landes zu lenken. Bei den Wahlen, die darüber entscheiden sollten, ob das von der Sozialdemokratie vorgelegte Pensionsgesetz die Zustimmung des Volkes findet, konnte sie sechs Mandate gewinnen.

Das ist die Anerkennung für die politische Leistung der schwedischen Sozialdemokratie, die in den vergangenen schweren Jahren aus Schweden ein Land gemacht hat, das in der ganzen Welt als Muster eines modernen sozialen Staates gilt. Die anderen Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen, hatten im Reichstag das Pensionsgesetz abgelehnt und somit der Volksentscheid herausgefordert.

Die schwedische Sozialdemokratie kann jetzt weiter bahnbrechend den von ihr eingeschlagenen Weg fortsetzen. Wenn auch der Wahlkampf hauptsächlich mit innenpolitischen Argumenten ausgetragen wurde, so ist das Ergebnis trotzdem gleichzeitig die Anerkennung des schwedischen Volkes für die konstruktive Friedenspolitik der Sozialdemokraten. Hier hat sich über die Innenpolitik hinaus der Wille manifestiert, Schweden auch in Zukunft vor dem gefährlichen Schicksal zu bewahren, ein Objekt der militärischen Blockpolitik zu sein.

In Belgien hat die seit vier Jahren bestehende sozialistisch-liberale Koalition ihre Position gegenüber den christlichen Demokraten nicht halten können. Die Christlich-Sozialen erhielten im Senat mit 54 Mandaten die absolute Mehrheit, und wenn sie auch bei den Kammerwahlen nicht den gleichen Erfolg hatten, so wären sie doch in der Lage, eine schwache Kammermehrheit von Sozialisten und Liberalen durch Monatsbeschlüsse zu blockieren.

In Belgien vertreten alle Parteien - ausser den Kommunisten - mit kleinen unterschiedlichen Nuancen in den Hauptfragen, wie z.B. der westlichen Bündnispolitik, die gleiche Auffassung. Da Belgien ein katholisches Land ist, war fast vorauszusehen, dass früher oder später auch hier der politische Katholizismus an Boden gewinnen würde. Die Föhler der Sozialdemokratie und der Liberalen hatten, ausser in der Kulturpolitik, keine echte Alternative.

Es ist zur Stunde noch nicht zu übersehen, welche Koalitionen möglicherweise bei der kommenden Regierungsbildung gegeben sind. Die Parteien haben sich noch nicht definitiv dazu geäußert.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel